

# Impuls für Slowenien

**JUWILI.** Am 12. Mai wurden im slowenischen Laibach erste Zwischenergebnisse des JuWiLi-Projekts präsentiert. Gleichzeitig setzte die Veranstaltung einen starken Impuls für rechtspolitische Überlegungen zur Übertragung der Abwicklung des Verlassenschaftsverfahrens an Notare in Slowenien.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Parlamentswahlen und der Formierung einer neuen Regierung in Slowenien könnte das Justice without Litigation-Projekt (JuWiLi) eine gute wissenschaftliche Basis für weitere Überlegungen bieten. Das Event hat dies untermauert.

Die erste physisch durchgeführte Veranstaltung in Laibach im Rahmen des JuWiLi-Projekts stieß auf großes Interesse: Über 80 Teilnehmer, darunter die designierte Justizministerin, waren gekommen, um erste Projektergebnisse und Möglichkeiten der Effizienzsteigerungen des außerstreitigen Verlassenschaftsverfahrens in Slowenien zu diskutieren. ÖNK-Präsident Michael Umfaher eröffnete die Veranstaltung gemeinsam mit seinem slowenischen Kollegen Bojan Podgoršek. Österreich war bei dem Event durch ÖNK-Vizepräsident Roland Gintenreiter, Verena Nothegger, Univ.-Prof. Karl Stöger und das Team von Economica stark vertreten. Die Zwischenbilanz zeigt, dass das Gerichtskommissariat in zumindest 5 EU-Staaten ein attraktives Sys-



*Spannend und hochkarätig: Die Podiumsdiskussion anlässlich der Präsentation der Zwischenergebnisse des JuWiLi-Projekts in Laibach*

tem für die effiziente Durchführung von außerstreitigen Verfahren darstellt. Auch aus verfassungsrechtlicher Sicht scheint es diesen Staaten keine Hindernisse für die Übertragung von Gerichtsaufgaben in diesem Bereich zu geben. Neben einer Anerkennung für dieses Rechtsinstitut auf EU-Ebene, etwa im EU-Justizbarometer, zielt das Projekt

## BOJAN PODGORŠEK, PRÄSIDENT DER SLOWENISCHEN NOTARIATSKAMMER

### *Ihre Eindrücke vom Projekt?*

Ich erwartete viel von der Konferenz in Laibach und meine Erwartungen wurden sogar übertroffen. Am wichtigsten für mich war die Antwort des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs der Republik Slowenien, Damijan Florjančič, zu diesem Projekt. Er drückte persönlich seine Unterstützung für das Projekt aus und hofft, dass Notare die Gerichte so bald wie möglich von der Last außerstreitiger Nachlassverfahren entlasten werden. Der Präsident lieferte auch bisher nicht bekannte statistische Daten. Nur in maximal fünf Prozent der Erbsachen sind die Erben mit der Entscheidung nicht zufrieden und beginnen einen Rechtsstreit. So gibt es große Möglichkeiten, dass Notare in der Lage wären, einen noch höheren Prozentsatz der Erbschaftsfälle durch alternative Streitbeilegung und Mediation erfolgreich zu lösen. Der Oberste Gerichtshof hat auch seine positive Position auf seiner Website veröffentlicht. Wie Sie wissen, fand die Konferenz kurz nach den Wahlen in Slowenien statt. Die Einladung der neuen Justizministerin Dominika Švarc Pipan erwies sich ebenfalls als sehr positiv, da sie das Projekt und die Position des Präsidenten des höchsten slowenischen Gerichts ausführlich zur Kenntnis nahm. Dies ist sehr wichtig, denn auch die Unterstützung des Justizministeriums ist für den Erfolg des Projekts von wesentlicher Bedeutung.

### *Wieso ist dieses Projekt aus Ihrer Sicht bedeutend?*

Es ist kein Geheimnis, dass sich die Notarkammer



Sloweniens seit mehr als zwanzig Jahren um die Übertragung außerstreitiger Nachlassverfahren an Notare bemüht. Dieses Projekt ist einer der Schritte auf diesem Weg, und meiner Meinung nach ist die Konferenz in Laibach einer der wichtigsten Schritte. Wichtig ist auch, dass die Konferenz einen objektiven Blick auf das Projekt vermittelte. Rechts- und Wirtschaftsexperten stellen beide Aspekte vor: die positiven Auswirkungen und Risiken. Natürlich gibt es deutlich mehr positive Effekte. Das Projekt ist sehr wichtig für das Justizsystem, für die Wirtschaft und für die Bürger. Die Veränderung wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns gut darauf vorbereiten. Das Projekt selbst ist bereits Teil der Vorbereitungen.

### *Welche Perspektiven kann dieses Projekt aufzeigen?*

Der Präsident des Obersten Gerichtshofs stellte wichtige statistische Zahlen vor, nämlich dass 40 Richter vollständig in Nachlassfälle involviert sind, das sind etwa 25.000 Fälle pro Jahr. Es wird daher notwendig sein, die Zahl der Notare zu erhöhen. Dies wird die Dienstleistung der Notare stärken, um künftig noch erfolgreicher arbeiten zu können. Meiner Meinung nach muss die Lösung von Erbrechtssachen die Kerntätigkeit des Notariats sein. Fast jeder Bürger ist mit einer Nachlasssache betroffen und trifft daher auf einen Notar, der bei der reibungslosen Übertragung von Eigentum zwischen den Generationen hilft und so noch stärker in alltäglichen Fragen der Bürger präsent ist.

auch auf nationale Perspektiven ab. Slowenien ist hier ein interessanter Fall, da hier Verlassenschaftsverfahren noch vollständig von den Gerichten selbst abgewickelt werden, es jedoch bereits seit Jahren Überlegungen zur Auslagerung der außerstreitigen Verfahren an Notare gibt. Nun brachte der Event vom 12. Mai in Laibach neuen Schwung in die Diskussion. Der Präsident des slowenischen Obersten Gerichtshofs unterstützte die Idee und untermauerte sie mit Zahlen: 40 heute mit Erbrechtssachen beschäftigte Richter könnten in Slowenien so eingespart bzw. für streitige Verfahren eingesetzt werden. Das würde zu Verfahrensbeschleunigungen führen. Zudem koste das slowenische Justizsystem der öffentlichen Hand vergleichsweise mehr als in anderen Hexagonale-Staaten. Das beeindruckte auch die anderen Podiumsteilnehmer. Wünschenswert wäre laut Jerca Kramberger Škerl, Professorin für Zivilrecht der Universität Laibach, nach sorgfältiger Abwägung aller Vor- und Nachteile als Ergebnis eine Win-win-win-Situation für Bürger, das Justizsystem und die Schaffung qualifizierter Jobs in den Regionen zu erreichen. Mit Spannung



In der Mitte vorne unter den Zuhörer:innen: die designierte slowenische Justizministerin Švarc Pipan.

wird nun darauf gewartet, wie sich die neue slowenische Regierung dazu positionieren wird. Die designierte Justizministerin Dominika Švarc Pipan war jedenfalls unter den Zuhörern im Saal. SMA ■

## KALPANA SCHOLTÈS-DASH, SENIOR RESEARCHER IM ECONOMICA INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

### *Ihre Eindrücke vom Projekt?*

JuWiLi, konzipiert und durchgeführt auf Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Fachleuten und Wissenschaftlern vor einem multidisziplinären Hintergrund, ist ein hervorragendes Beispiel für ein modernes Politikforschungsprojekt. In einer solchen Zusammenarbeit zwischen Ökonomen, Notariatskammern und Rechtsprofessoren wäre es normalerweise notwendig gewesen, viele persönliche Gruppendiskussionen zu führen, um Daten zu sammeln und kompatible Definitionen für verschiedene Variablen zu erreichen. Aufgrund der Pandemie mussten die Projektpartner diese Schwierigkeit durch Videokonferenzen überwinden. Trotz der Tatsache, dass diese Methode nicht die übliche Art der Kommunikation war, konnte die Arbeitsgruppe zusammenarbeiten und sehr gute Ergebnisse in Bezug auf die Datenerhebung erzielen. Obwohl die Ergebnisse und politischen Empfehlungen das Endergebnis dieses Projekts sind, zeichnet sich dieses Projekt aus meiner Sicht auch in Bezug auf die Koordination und Lernerfahrungen zwischen den Partnern aus.

### *Wieso ist dieses Projekt aus Ihrer Sicht bedeutend?*

Rechtssicherheit als implizites Merkmal eines gut funktionierenden sozioökonomischen Umfelds wird durch einen genau definierten Rechtsrahmen sowie durch die Rechtsdurchsetzung durch die Angehörigen der Rechtsberufe gewährleistet. Außerstreitige Gerichtsverfahren, die innerhalb dieses bestehenden Rechtsrahmens durchgeführt werden, stellen einen wichtigen Aspekt der zivilrechtlichen Rechtsordnung dar. In der Regel spielen die Gerichte und Richter die Rolle des unparteiischen Garanten der Rechtsordnung des Landes. Wie diese Arbeit geleistet wird und die Effizienz dieser Prozesse definiert das Niveau der Rechtssicherheit einer Volkswirtschaft.



In Hexagonale-Ländern (außer Slowenien) nehmen die Notare im Falle von Erbsachen sowie in einigen anderen außerstreitigen Verfahren Aufgaben als Gerichtskommissäre wahr. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht kann dies als Auslagerung bestimmter Aufgaben der Gerichte oder mit anderen Worten als Einsparung öffentlicher Mittel bei bestimmten privaten Transaktionen angesehen werden.

Erkennt man Recht als Grundlage einer Zivilisation, ist es äußerst wichtig zu sehen, ob dieses Outsourcing zu Effizienzgewinnen führt, ohne die Rechtssicherheit zu beeinträchtigen. Daher initiierte dieses Projekt die vitale Aufgabe, die Situation in Bezug auf verfügbare Daten sowie bestehende rechtliche Rahmenbedingungen in den sechs Hexagonale-Ländern zu untersuchen, um eine Struktur zu entwickeln, die zur Messung von Effizienz, Zugänglichkeit und Qualitätsparametern für die ausgelagerten Rechtsgebiete beitragen kann.

### *Welche Perspektiven kann dieses Projekt aufzeigen?*

Als eines der ersten Projekte, das entwickelt wurde, um außerstreitige Verfahren, insbesondere Erbsachen, in den Hexagonale-Ländern zu untersuchen, zeigen die Ergebnisse reichlich Potenzial des Ausbaus außerstreitiger Verfahren in den unterschiedlichen Ländern. Um jedoch konsistente Ergebnisse und politische Empfehlungen zu erzielen, sollten die verschiedenen Arten von außerstreitigen Verfahren ordnungsgemäß definiert werden, um eine korrekte Datenerhebung zu ermöglichen. Es wird auch nützlich sein, einen separaten Abschnitt im EU-Justizbarometer zu berücksichtigen, der sich mit genau definierten außerstreitigen Verfahren in allen verschiedenen Rechtsbereichen befasst.